

Stellungnahme zur EnEV-Novelle

Bundesingenieurkammer fordert
Energiesparanreiz in der Planung

WENN STROM kraft Gesetzes gespart werden muss, sollten die Investitionen kraft Gesetzes auch refinanzierbar sein – meint die Bundesingenieurkammer.

Die Bundesingenieurkammer hat die Bundesregierung aufgefordert, dafür Sorge zu tragen, dass die Verbraucher alle Kosten, die sie für die Einhaltung der künftigen Energieeinsparverordnung übernehmen

müssen, im Laufe normaler Nutzungszeiten und auf der Grundlage eines gesetzlichen Wirtschaftlichkeitsgebots durch eine entsprechende Reduzierung der Energiekosten refinanzieren können. In einer

Stellungnahme zum 1. Entwurf einer Verordnung zur Änderung der EnEV 2007 schreibt die Bundesingenieurkammer, um die für die Erreichung der Energiesparziele der Bundesregierung erforderlichen Investitionen mobilisieren zu können müsse dem Verbraucher bereits im Stadium der Planung ein Anreiz gegeben werden, die EnEV-Ziele auch zu erreichen; anderenfalls bestehe die Gefahr, so die Bundesingenieurkammer, dass die EnEV einen Sanierungs- und Investitionsstau produziert, statt die Maßnahmen anzustoßen, die notwendig sind, um die Energieeinsparziele der Bundesregierung zu erreichen. Da der 1. Entwurf der EnEV-Novelle vom 9. November 2007 nicht erkennen ließe, dass einer solchen Prämisse Rechnung getragen wird, hat die Bundesingenieurkammer in ihrer Stellungnahme zur EnEV-Novelle einige Hinweise gegeben, die aus ihrer Sicht geeignet sind, dieses Ziel zu erreichen. Sie steht unter www.deutsches-ingenieurblatt.de → DIB-WebInfos → Suchwort: EnEV-Stellungnahme.

► www.bingk.de

■ Ursula Baus von der Universität Stuttgart und Mike Schlaich von der Technischen Universität Berlin sind die Autoren eines neuen Buches über Konstruktion, Gestalt und Geschichte von Fußgängerbrücken. Mit hervorragenden und sehr schönen Fotos von Wilfried Dechau werden kombinierte Tragwerkstypen, benutzerfreundliche Gestaltungen und zukunftssträchtige Materialtechniken beschrieben, die auf neue Entwicklungen im Brückenbau insgesamt hinweisen. Behandelt werden leichte, bewegliche und gedeckte Brücken, Hängespannband-Brücken, Bogenbrücken und viele andere mehr (255 Seiten, 156 Farbabbildungen, 386 s/w-Abbildungen, 136 Strichzeichnungen; 79,90 Euro; Birkhäuser-Verlag; ISBN 978-3-7643-8138-7).

► www.birkhauser.ch
Fax: 0041/61/2050799

■ Ein Unternehmer darf einen Mangel seiner Leistung nicht eigenmächtig beseitigen, sondern die Mängelbeseitigung vorher mit der Bauleitung abstimmen. Das hat das Oberlandesgericht Schleswig mit der Begründung entschieden, eigenmächtige Arbeiten an einer Schadenstelle könne eine Beweisvereitelung darstellen, weil später nicht mehr festgestellt werden könne, worin die Ursache des Mangels besteht (Az.: 4 U 151/06).

■ Ende November hat das Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung mit einem Erlas an die Bauverwaltungen der Länder das Standardleistungsbuch für das Bauwesen (STLB-Bau) des Gemeinsamen Ausschusses Elektronik im Bauwesen (GA-EB) eingeführt. Der Erlas steht unter www.deutsches-ingenieurblatt.de → DIB-WebInfos → Suchwort: STLB-Einführung.

■ Das Münchner Ingenieurbüro Dr. Gauch hat den Erlös seiner Weihnachtsfeier – immerhin rund 1000 Euro, die 50 Gäste statt Mitbringseln zusammengetragen haben – einem wohltätigen Zweck zukommen lassen, nämlich der OrphanAid Africa Stiftung, die sich um Waisenkinder in Ghana kümmert und von der Münchner Unternehmensberaterin Anja Rüttermann gegründet wurde.

► www.oafrica.org

Es fehlt an Geld und Lehr- und Lernmaterial

Parlamentarischer Abend in Schwerin:
Technikbildung muss verbessert werden

Der Vizepräsident des Landtages von Mecklenburg-Vorpommern, Andreas Bluhm, hat die politische Forderung des Ingenieurrates M-V nach einer intensiveren und besseren naturwissenschaftlichen und technischen Bildung als einer wesentlichen Voraussetzung für eine positive Entwicklung des Landes als richtig bestätigt und mit dem Hinweis bekräftigt, dass diesem Bildungssegment mehr landespolitische Aufmerksamkeit zuteil werden müsse. Unter dem Titel „Was Hänchen nicht lernt ...“ hatte der Ingenieurrat von Mecklenburg-Vorpommern zu einem Parlamentarischen Abend in das Schweriner Schloss eingeladen, den Sitz des Landtages, bei dem 70 Teilnehmer, unter ihnen 14 Parlamentarier, eine Podiumsdiskussion über die Situation der naturwissenschaftlichen und technischen Bildung in Mecklenburg-Vorpommern verfolgen konnten.

Die politische Forderung des Ingenieurrates, dass eine gute natur-

wissenschaftliche und technische Bildung für die Zukunft des Landes ausschlaggebend sei, haben dabei Fachleute mehrerer Disziplinen unterstützt. Professor Elke Hartmann von der Martin-Luther-Universität in Halle-Wittenberg beispielsweise hat die technische Bildung in Deutschland mit derjenigen in Finnland, England und Frankreich verglichen. Dort gebe es richtlinienkompetente, zentrale Ministerien, die landesweit verbindliche Lehrpläne mit verbindlichen Richtzielen und Lernstandards erlassen. In den 16 deutschen Bundesländern gibt es, so Hartmann, 26 unterschiedliche offizielle Verlautbarungen oder Lehrpläne für die technische Bildung.

Wie differenziert sich deshalb die technische Allgemeinbildung entwickelt, hat der Vorsitzende eines Lehrerverbandes, Volkmar Hauschild, beschrieben. Es gebe zwar eine Reihe anerkannter Spitzenleistungen, in der Breite sei die Technische Bildung jedoch

stagnierend, in einigen Bereichen sogar rückläufig. Wesentliche Ursachen dafür seien schlechte Rahmenbedingungen bis zur Sekundarstufe II, fehlende Lehrmaterial, insbesondere für neue Technologien, und zu wenig gut ausgebildete junge Lehrer. Dem widersprach der Vertreter des Ministeriums für Bildung, Wissenschaft und Kultur des Landes, Norbert Frank. Er bezeichnete die Maßnahmen für die technische Bildung in Mecklenburg-Vorpommern als ausreichend. Der Unterricht im Fach Arbeit-Wirtschaft-Technik habe im gymnasialen Bildungsgang die Aufgabe, Orientierungshilfe für ökonomische Sachverhalte zu geben und Verflechtungen zu technischen Gegebenheiten aufzuzeigen. Frank vertrat deshalb die Auffassung, dass für einzelne Schulen ein enges projektbezogenes Zusammenwirken mit Technologie- und Innovationszentren, die Beteiligung an Wettbewerben sowie Betriebspraktika sinnvoll seien. Und die schlechte materielle Ausstattung für technischen Unterricht sei darauf zurückzuführen, dass die Kommunen zu wenig Geld für solche Ausstattungen zur Verfügung stellten.